

FRANKREICH UND PREUßEN IN DER „ÖSTLICHEN FRAGE“ ZWISCHEN 1856 UND 1859 (FALLSTUDIE: DIE RUMÄNISCHEN FÜRSTENTÜMER)

Ioana RIEBER¹

Rezumat. *Neluând în calcul ingratitudea aliaților și consecințele practice ale aplicării principiului echilibrului european, țarul Nicolae I a declanșat în 1853 Războiul Crimeii. În 1856 Rusia a pierdut războiul. În același an a avut loc Congresul de la Paris în cadrul căruia s-a pus problema unirii Principatelor Române. Ideea formării statului național se bucura de susținerea împăratului Napoleon al III-lea, numit ulterior „nașul României”, dar aveau doi adversari puternici: Turcia și Austria. Franța avea nevoie de aliați și de o soluție agreată de toți pentru a rezolva problema românească. Alături de ea au fost Rusia, care avea nevoie de condiții favorabile de pace, Prusia și Piemont-Sardinia, ambele dornice să-și formeze statul național. Soluția ideală pentru români ar fi fost unirea sub un principe străin care să facă parte dintr-o dinastie domnitoare în Europa, dar diplomații francezi erau conștienți de opoziția pe care ar fi întâmpinat-o chiar și din partea rusă. Încercarea de a găsi o soluție în vederea rezolvării problemei românești, văzută ca parte integrantă a problemei orientale, a dus la apropierea franco-prusiană. Așa se face că reprezentanții celor două state au alcătuit un plan îndrăzneț, menit să le inducă în eroare pe celelalte Puteri.*

Abstract. *Disregarding the Allies' ingratitude and the practical consequences of applying the principle of European balance of power, Tsar Nicholas I started the Crimean War in 1853. In 1856 Russia lost the war. The same year the Congress of Paris took place and the issue of the Romanian Principalities uniting was raised. The idea of building this national state was supported by Emperor Napoleon III, later dubbed "Romania's godfather", but there were two strong opponents: Turkey and Austria. France needed allies and a unanimously accepted solution in order to solve the Romanian issue. France was supported by Russia, which needed favourable peace terms, as well as Prussia and Piedmont-Sardinia, both of which wanted to build their national states. The ideal solution for Romanians would have been their uniting under a foreign prince from an European ruling house, but the French diplomats were aware of the opposition they would have met with even from Russia. The attempt to find a solution to the Romanian issue as part of the eastern issue resulted in a closer relationship between France and Prussia. So the representatives of these two states made a bold plan, which was meant to mislead the other powers.*

Keywords: Napoleon III, Crimean War, national states, eastern issue, bold plan.

Der Krimkrieg (1853-1856) zerstörte das europäische Konzert „auf dem Amboss der östlichen Frage”², denn am Kriegsende wurden fast alle Bündnisse aufgelöst. Das „Erbe” des Osmanischen Reiches hatte die Gemüter noch einmal erhitzt. Russland meinte, dass dieses ihr gehörte, während die slawischen Völker

¹Maître de recherches, Collège de France.

²Henry Kissinger, *Diplomația*, București, Verlag ALL, 2007, S. 79.

und die westlichen Mächte die Folgen der russischen Politik befürchteten. In den letzten etwa 150 Jahren hatte man keine für alle Beteiligten annehmbare Lösung gefunden und die scheiternden Verhandlungen führten immer zu Krieg. Das neue Blatt im Buch der Kämpfe um dieses Erbe wird ab 1853 geschrieben.

Weil er wünschte, neue Balkangebiete zu besetzen und das Konstantinopel zu erobern, griff Zar Nikolaus I. die Türkei an. Zu seiner Überraschung haben sich mit der Türkei Frankreich, England, Österreich und das Piemont verbündet. Diesen Konflikt hat Alexander II. 1856 beendet, nachdem er 1855 angefangen hatte, mit den westlichen Mächten zu verhandeln, um deren Forderungen zu beschränken.

„*Europas Schiedsrichter*“, Napoleon III., wollte aber die „*östliche Frage*“ wirksam lösen. Die Lage war günstig, weil der niedergeschlagene Zar gezwungen war, auf seine Forderungen zu verzichten. Die Friedensverhandlungen sollten 1856 in Paris ohne Preußen stattfinden. Preußen hatte nicht unmittelbar am Krieg teilgenommen und England wollte Preußen dafür streng strafen, weil der preußische Eingriff den Krieg verkürzt, die Verluste verringert und Vorteile von Russland erzwungen hätte. In einem Brief vom 25. März 1856 schrieb die Königin an Clarendon: „*Preußens Zulassung zum Kongress war eine Demütigung Englands*“¹.

Die Nichtteilnahme am Kongress konnte zum Verlust des Großmachtstatus Preußens führen. Bismarck behauptete: „*...Aber unser Ausschluss als europäische Macht aus einem Geschäft, deren Bedeutung wir erkennen, ... wäre in meinen Augen nur eine ernste Beschädigung des Ansehens, dessen sich Preußen bisher erfreut hat...*“².

Auf nationaler Ebene war die Lage ebenso dramatisch, weil Österreich Preußen aus dem Wettrennen für die Vereinigung der deutschen Staaten ausschließen konnte. Anfang 1856 hatten die deutschen Diplomaten wahre Probleme, von deren Lösung die Zukunft ihres Volkes abhing, daher haben sich diese an die Staaten des europäischen Konzertes mit Versprechen und Verhandlung gewandt. Im Russlands Falle haben diese die Karte Bessarabiens gespielt und dem Zar zu verstehen gegeben, dass sie ihn auch bei den anderen

¹ G. Rothan, *La Prusse et son Roi pendant la Guerre de Crimée*, Paris, Calmann Levy, 1888, S. 246.

² Otto von Bismarck, *Correspondance Diplomatique (1851 – 1859)*, Band II, Paris, veröffentlicht unter der Leitung und mit einem Vorwort von Th. Funck-Brentano, 1883, S. 102 (Vertraulicher Bericht an Manteuffel, Frankfurt, 31. Januar 1856)

„*delikaten*“ Problemen unterstützen werden, wobei sie sich auf den Rückzug der Österreicher aus den Fürstentümern bezogen. Im Falle der Türkei behauptete Wildenbruch bezüglich der Forderungen des Wiener Hofes auf den Balkan, dass er unwillig war, die Besetzung durch die Wiener von neuen Gebieten zu unterstützen, welche der Pforte gehörten usw.¹

Weil sie keine befriedigende Antwort von Russland, England, der Türkei und sogar Österreich empfangen hatten, haben die preußischen Diplomaten mit Frankreich intensiver in der Hoffnung verhandelt, Napoleons III. Hilfe zu gewinnen. Um unterstützt zu werden, haben diese seine Initiativen unterstützt, obwohl sie manchmal komplizierte Situationen lösen mussten. Zum Beispiel wollte der Zar in der Angelegenheit der Schadenersätze den Süden Bessarabiens an Frankreich nicht abtreten und erwartete Berlins Unterstützung. Letzten Endes hat Napoleon III. durch Verhandlungen mit Königin Victoria die Zulassung Preußens zum Kongress als Signatarstaat des Dardanellen-Vertrags gesichert. So hat Preußen seine Mitgliedschaft im europäischen Konzert erhalten und an den Debatten der „*östlichen Frage*“ teilnehmen können, bei denen einen Schwerpunkt die Vereinigung der rumänischen Fürstentümer darstellte.

Die Lage der Fürstentümer wurde schon ab Kriegsbeginn erörtert. 1854 wurden vier Voraussetzungen für den Frieden festgelegt. Die erste war die Ersetzung der russischen Schutzherrschaft mit der gemeinsamen Garantie der Mächte. Das stellte einen Gewinn dar, weil wegen der innerliegenden Unstimmigkeiten unter den Mächten sich die Moldauer und Walachen vor eventuellen türkischen oder russischen Überfällen geschützt fühlten und die russische Einmischung in die Innenpolitik der Fürstentümer beschränkt wurde.

Die nicht beendeten Gespräche wurden während der Wiener Konferenz aus 1855 fortgesetzt. In diesem Kontext hat der französische Diplomat am 26. März vorgeschlagen, dass „*die <<rumänische Frage>> förmlich als internationale Frage anerkannt wird*“². Das Gespräch hat die türkischen Diplomaten verstimmt und die österreichischen erbittert, so dass nichts gelöst wurde. Das Gespräch wurde während der Wiener Konferenz vom 1. Februar 1856 und der Konstantinopler Konferenz vom 11. Februar 1856 fortgesetzt.

¹Stela Mărieș, *Mărturii inedite din arhivele germane privind Unirea Principatelor Române*, im Jahrbuch des „A.D. Xenopol“ Instituts für Geschichte und Archäologie, XXVI/1, 1989, S. 22 (Wildenbruchs Brief an Manteuffel, Iași, 26. März 1855).

²Gheorghe Cliveti, *România și puterile garante (1856-1878)*, Iași, Verlag Ed. Universității „Al. I. Cuza”, 1988, S. 38.

Der Höhepunkt dieser diplomatischen Tätigkeiten wurde während des Pariser Friedenskongresses (Februar-April 1856) erreicht. Die Verhandlungen sind von der Politik des französischen Kaisers geprägt, der entschlossen hatte, Russland zu strafen, wozu er versucht hat, dessen Einfluss auf den Balkan zu mindern. Dazu diente auch die Unterstützung der Sache der Moldauer und Walachen, aus welchem Grund Napoleon III. zum „*Paten Rumäniens*“ wurde.

Der Vorentwurf entfernte die russische Schutzherrschaft und die Vorrechte und Immunitäten der Fürstentümer blieben unter der Lehnsherrschaft der Pforte erhalten. Der Sultan und die anderen Mächte bestätigten deren interne Organisation und legten ein ständiges Verteidigungssystem fest, das auf Grund deren geographischer Lage erforderlich war.¹

Diese Bestimmungen waren ungenug, um einen Ausweg zu finden, so dass die Debatten weitergingen. Am 6. März 1856 hat Walewski in einem Gespräch mit Clarendon gesagt, dass der Frieden nur dann fest und dauerhaft wird, wenn die Vereinigung und die Unabhängigkeit der Fürstentümer gewährleistet werden.² Demzufolge hat er am 8. März 1856 bemerkt, dass es wichtig war, eine Lösung zu besprechen, die er als notwendig fand. Anders gesagt, er hat gefragt, ob sich die beiden Fürstentümer vereinigen müssen, und angegeben, dass er die Vereinigung als die beste Lösung betrachtete.³

Die Verhandlungen zwischen den Mächten wurden durch die Anweisungen für Ali Pascha erleichtert. Ihm „*wurde erlaubt, die Frage der Vereinigung der Fürstentümer im Kongressplenium zu erörtern und sich letztendlich an die Meinung der Mehrheit anzupassen*“⁴. Weil keine Lösung erreicht wurde, hat man in der Sitzung vom 12. März 1856 die Bildung der Ad-hoc-Versammlungen mit beratender Rolle bestimmt. Selbstverständlich sah man die Rechte dieser Versammlungen abhängig von der pro- oder antiunionistischen Haltung unterschiedlich an. Ali Pascha, der Vertreter des Osmanischen Reiches, „*hat gestanden, dass in diesem Fall die Lage der Hohen Pforte ... kompliziert war,*

¹*Acte și documente relative la Istoria Renascerii României*, veröffentlicht von G. Petrescu, Dimitrie A. Sturdza und Dimitrie C. Sturdza, Band II, București, Carol Göbl Druckerei, 1889, S. 908-909 (Protokoll der Wiener Konferenz, 1. Februar 1856).

²R.W. Seton-Watson, *Historie des Roumains, de l'époque romaine à l'achèvement de l'unité*, Paris, Les Presses Universitaires de France, 1937, S. 269.

³*Acte și documente...*, Band II, S. 1016 (Pariser Kongress, Protokoll der Sitzung vom 8. März 1856).

⁴Nationale Historische Zentralarchiv, Sammlung von Mikrofilmen über Frankreich, Spule 84, Bilder 726 u. ff. (Abschrift eines von Séguran Thouvenel gesandten Berichtes, 19. März 1856).

*aber (hat er zugefügt) die Mächte sollten der Türkei wegen deren ehrlicher Freundschaft einen solchen Versuch ersparen und die Ad-hoc-Versammlungen im Rahmen eines breiten Reformprogrammes nicht befugen*¹. Zuletzt ist man sich über die Beschränkung der Befugnisse der Ad-hoc-Versammlungen einig geworden. In der Sitzung vom 30. März 1856 wurde das allgemeine Friedensabkommen unterzeichnet. Die Donauer Fürstentümer waren von der russischen Kontrolle befreit und durften eine „*unabhängige nationale Verwaltung*“ im Osmanischen Reich haben. Am Kongressende herrschte der allgemeine Eindruck, dass die delikatsten Probleme gelöst worden waren.

Die rumänische Frage wurde nicht gelöst, wichtige Fortschritte zeichneten sich doch ab. Ein erster Schritt war die Bildung einer europäischen Kommission in București. Deren Mitglieder sollten Reformen zur internen Reorganisation der Fürstentümer gemäß dem Wunsch des Volkes vorschlagen. Die Schlüsselwörter dieses Kongresses waren: „*Achtung des Willens der Völker*“ und „*die Einhaltung des Prinzips der Nationalitäten*“.

Frankreich schien entschlossen, den Rumänen zu helfen; Napoleon III., Walewski und Thouvenel gaben der türkischen Regierung die Gründe für die Vereinigung an: der neue Staat würde Russland verhindern, die Donauufer zu erreichen, Österreich würde keinen Verlust erleiden usw. Im Gegenfall sind Unruhen möglich: „*Tretet dessen Schicksal entgegen und die Lage kehrt sich um ... ein großes politisches Denken wird auftreten, eine Revolution oder ein Krieg ist möglich. Beide Hypothesen sind für Euch gefährlich und Ihr werdet bitterlich bereuen, die beiden nicht mit einem Schlag entfernt zu haben. Ein Krieg mit Russland ist für eine lange Zeit nicht vorauszusehen, nehmen wir aber an, dass ... die getrennten Walachen und Moldauer die Russen durchlassen und Eure Feinde am Donauufer stehen, anstatt dass die Rumänen einen Angriff halten, den sie für sich selbst kompromittierend finden würden, hätten sie ein Vaterland zu verteidigen.*“²

Ali Pascha behauptete aber, dass die Rumänen ein Bauernvolk ohne politische Gedanken sind, die Reformen aus Rumänien vom Sultan Selim vorgeschlagen wurden, die Vereinigung zu Anarchie führen würde, die Rumänen auf deren Unabhängigkeit hoffen würden und der neue Staat ein Werkzeug in Russlands Händen sei.³

¹ *Ibidem*, Bilder 824 u. ff. (Thouvenels Brief an Walewski, Konstantinopel, 6. Juli 1856).

² *Ibidem*.

³ *Ibidem*.

Unglücklicherweise war die osmanische Politik von Österreich unterstützt, das seinerseits Frankreich bat, sich für die Fürstentümer nicht einzusetzen. Der Graf von Prokesch-Osten schrieb Thouvenel, dass Russland wünschte, seinen Einfluss auf die Fürstentümer auszubreiten, und die Vereinigung ein Schritt zur Unabhängigkeit war. Seiner Meinung nach würde der neue rumänische Staat wie ein Magnet die rumänischen Fürstentümer aus dem Habsburgerreich anziehen. Er schrieb: „...*ich analysiere diese Sache aus europäischer, österreichischer, russischer und türkischer Sicht; ein gleiches Land zwischen diesen drei Mächten wäre eine Bedrohung für Österreich, ein gefährliches Werkzeug in den Händen Russlands, womit dieses uns angreifen könnte, und eine Leere im Bauch der Türkei. Nach einer solchen Förderung der rumänischen Forderungen, wer könnte glauben, dass sich diese damit zufriedengeben? Die Rumänen sehen die Lehnsherrschaft der Pforte als ein Unrecht an. Sie finden ihr Land zu klein und hoffen, einen unabhängigen Staat zu bauen, der Bukowina, Siebenbürgen und Banat einschließt und die Balkankette angrenzt; das wäre eine nette Sache für Österreich, ein schönes Beispiel für Serbien und eine gute Chance für Russland, von dem diese Länder Hilfe erwarten. Ich kann nicht glauben, dass Paris bereit ist, sich in eine Kombination zu mischen, die Österreich bis aufs Knochenmark bedrohen würde.*“¹ Die österreichische Begründung hat trotz ihrer Sachbezogenheit Napoleon III. und seine Verbündeten nicht überzeugt.

Auch die Preußen (eingeladen zum Kongress, um sich „à cette oeuvre de pacification generale“ zu beteiligen) hatten die Vereinigung der Moldauer mit den Walachen angenommen². Die deutschen Diplomaten haben an den Gesprächen über die Fürstentümer aus der Sitzung vom 25. März teilgenommen, in der die Artikel mit Bezug auf die Moldau und die Walachei analysiert wurden. Am 26. März wurde Preußen als Signatarstaat des Vertrags vom 13. Juli 1841 eingeladen, an der Unterzeichnung der neuen Friedensabkommen teilzunehmen.

In der „*rumänischen Frage*“ hat Berlin die Pariser unterstützt. Manteuffel schrieb Hatzfeldt in seinen Anweisungen bezüglich des Ausmaßes der Zugeständnisse an Frankreich, dass diese Kompromisse die rumänischen Fürstentümer und den Süden Bessarabiens einschließen: „*Die Garantie Preußens ist nicht wertvoller als ein Grundstück aus Bessarabien. Für diese können wir*

¹ Nationale Historische Zentralarchive, Sammlung von Mikrofilmen über Frankreich, Spule 83, Bild 741 (Thouvenels Brief an Walewski, Pera, 19. März 1856).

² *Acte și documente...*, Band II, S. 1025 (Pariser Friedenskongress, Protokoll der Sitzung vom 18. März 1856).

über die Donaumündungen diskutieren und wahrscheinlich ein neutrales Gebiet festlegen. Der König ist damit einverstanden.”¹

Die Dokumente beweisen aber, dass die deutsche Unterstützung mehr als eine Schuldzahlung darstellte. Dahinter steckten viel stärkere Gründe, welche mit der Bildung des Nationalstaates und der Erhöhung des preußischen Einflusses an der Unteren Donau verbunden waren. Dadurch motiviert, haben sich die Diplomaten unmittelbar in die Ereignisse involviert, indem sie Gespräche mit den Vertretern der antiunionistischen Mächte führten und die französischen Initiativen aktiv unterstützten. Die Anpassung der deutschen Haltung an die französische wird auch in der Weise offensichtlich, auf welche die Deutschen die Frage der Führung der Fürstentümer betrachten. Die Idee der Ernennung eines ausländischen Fürsten missfiel Bismarck vor Osborne nicht, danach unterstützt er diese aber nicht mehr, so wie Napoleon III.: *„Aber wir teilen die Meinung der französischen Regierung, dass die spezifische Kombination eines ausländischen Fürsten zu delikater und mit zu hohen Rücksichten verbunden ist, beziehungsweise die allgemeine Politik zu nah betrifft, dass jene auf eine nützliche Weise in diesen vom Volk gewählten Versammlungen besprochen werden kann.“*²

Begreiflicherweise hat sich zwischen Preußen und Frankreich mit der Zeit eine besondere Beziehung auf Grund von momentanen Bedürfnissen gebildet. Die beiden Staaten sind sich über die Notwendigkeit der Vereinigung, die Führung durch einen ausländischen Fürsten und die inneren Reformen einig geworden, die *„mit liberaler Vorsicht“* durchgeführt werden müssen, *„ohne die Gründung der parlamentarischen Institutionen einzuschließen“*³. Die preußischen Diplomaten waren die einzigen, die bis dann ihre *„Gewogenheit“* zu den kaiserlichen Projekten für die Fürstentümer, nämlich zur Ernennung eines ausländischen Fürsten und dem Recht der Ad-hoc-Versammlungen geäußert hatten, frei deren Reorganisation zu besprechen.⁴ Aus diesem Grund schreibt Talleyrand an Walewski über einen gemeinsamen Plan Preußens und Frankreichs. Er gibt an,

¹*Preussens auswärtige Politik 1850 bis 1858. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse des Ministerpräsidenten Otto Frhrn. v. Manteuffel*, Band III, Berlin, herausgegeben von Heinrich v. Poschinger, S. 196 (Brief an Hatzfeldt, Frankfurt, 12. Januar 1856).

²Otto von Bismarck, *a.a.O.*, Band II, S. 105 (Vertraulicher Bericht an Manteuffel, Frankfurt, 31. Januar 1856).

³*Acte și documente relative la Istoria renascerei României*, veröffentlicht von Ghenadie Petrescu, Dimitrie A. Sturdza, Dimitrie C. Sturdza u.a., Band III, București, Carol Göbl Druckerei, 1888, S. 773-774 (Thouvenels Brief an Walewski, Konstantinopel, 18. August 1856).

⁴*Ibidem*, S. 775-776 (Thouvenels Brief an Walewski, Konstantinopel, 21. August 1856).

dass Richthofen gesteht, dass „*unser gemeinsamer Plan nur allmählich umgesetzt werden kann...*“¹

Obwohl es ein gewisser Unterschied zwischen den Weisen besteht, auf die Manteuffel und Richthofen die Idee der Vereinigung der Fürstentümer unterstützen. Vor allem ist zu bemerken, dass sich Manteuffel „*am Pariser Kongress als einen fleißigen Verteidiger des von den kaiserlichen Ministern unterstützten Programmes erwiesen hat*“. Richthofen empfiehlt sogar „*trotz der persönlichen Meinung des preußischen Königs*“ Vorsicht und die Achtung der Rechte der Pforte, obwohl er mit dem französischen Plan einverstanden ist.²

Manteuffel schrieb bezüglich der Maßnahmen, die zu Gunsten der Fürstentümer getroffen werden müssen: „*...wir sind mit Frankreich völlig einverstanden, dass nach den Bestimmungen des Abkommens vom 30. März und kraft des durch die Protokolle der Pariser Konferenz festgestellten Einverständnisses die Meinung der Bevölkerung über die Vereinigung der beiden Fürstentümer erfragt werden muss ... jedes Mal, wenn es nötig ist, dieses Recht zu schützen und zu erwähnen, wird sich der preußische Kommissar mit dem französischen auf demselben Grund befinden, wird also bereit sein, sich mit Herrn von Talleyrand und mit seinen anderen Kollegen über die zu diesem Zweck zu treffenden Maßnahmen zu verständigen...*“³, und am 3. Dezember: „*Wir teilen völlig die Meinung der französischen Regierung, dass die Versammlungen ihre Verhandlungen vor der Pariser Konferenz beenden müssen.*“⁴

Ein erster Schritt zu den angegebenen Zielen war die Bildung der Ad-hoc-Versammlungen, welche trotz ihrer einfach beratenden Rolle die notwendige Dokumentation für die Maßnahmen der prounionistischen Mächte boten. Zahlreiche Kontroversen zum Thema der effektiven Rechte der Versammlungsteilnehmer waren also natürlich. Österreich und insbesondere die Türkei versuchten, die Ausdrucksmöglichkeit der moldauischen und der walachischen Bevölkerung zu beschränken.

Zur selben Zeit erzählte Bourqueney an Walewski, dass gemäß dem Abkommen vom 30. März bei der Organisation der Fürstentümer der Wille der

¹*Ibidem*, S. 773-774, (Thouvenels Brief an Walewski, Konstantinopel, 18. August 1856).

²*Ibidem*.

³Nationale Historische Zentralarchive, București, Sammlung von Mikrofilmen über die DDR, Spule 91, Bilder 412-423 (Manteuffels Brief an den Grafen von Hatzfeldt, Paris, 10. Juni 1857).

⁴*Ibidem*, Bilder 519-524 (Manteuffels Brief an Hatzfeldt, Berlin, 3. Dezember 1857).

Bevölkerung zu beachten ist, zu welchem Zweck „die Verhandlung der Vereinigung verständigerweise den Versammlungen überlassen wurde.“¹

Die Versammlungen hatten Entscheidungen über Folgendes zu treffen: die Vereinigung und die Modernisierung der Fürstentümer. Die gutgläubigen Mächte wollten die Meinung möglichst großer Bevölkerungsteile kennen. Manteuffel betonte, dass nur dann, wenn alle Gesellschaftsklassen in den Versammlungen vertreten werden, die wahren Bedürfnisse des Landes erkannt werden können und die vorgeschlagenen Maßnahmen das Land begünstigen werden.² Die Sachlage war aber nicht einfach. Die Vertreter der Pforte haben viele Debatten über die Zusammensetzung der Versammlungen entstehen lassen. Der Sultan hat als Lehnsherr entschlossen, die Befugnisse der Versammlungsmitglieder zu beschränken, um die Bekanntmachung des wahren Willens der Bevölkerung zu vermeiden. Darüber hinaus behält er sich das Recht vor, das Prinzip der Vereinigung nicht anzunehmen, wenn auch sich die Moldauer und die Walachen für die Vereinigung erklären.³ Richthofen fasste so die Absichten der Türkei zusammen: „Die Hohe Pforte ... drückt ihren Wunsch aus, das man im Pariser Abkommen erkennt, dass die Versammlungen zu dieser Sache nicht befugt sind und die Fürstentümer zwei getrennte Staaten bleiben sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt die Pforte vor, dass der <<einfache>> Ausdruck des Willens des Volkes hinsichtlich der Revision der Grundgesetze beachtet wird.“⁴

Wie weit die Türkei gehen konnte, um die Änderung des Status der Fürstentümer zu vermeiden, erzählte Place an Thouvenel im April 1856: „die Türkei war entschlossen, mit allen Mitteln und zu jedem Preis den Ausdruck des Willens der Bevölkerung zu verfälschen(...) alles wird vorbereitet, um die Stimmen zu verschweigen“; wenn der französische Botschafter etwas gegen solche Missbräuche einwendet, wird ihm „ins Gesicht gelacht“.⁵

¹Români la 1859. Unirea Principatelor în conștiința europeană, Documente externe, Band I, Ion Ardeleanu, Vasile Arimia, Ionel Gal, Mircea Mușat, București, Verlag Ed. Științifică și Enciclopedică, 1984, S. 60 (Bourqueneys Bericht an Walewski, Wien, 22. Juni 1856).

²Stela Mărieș, a.a.O., S. 73 (Otto von Manteuffels Brief an L. von Wildenbruch, Berlin, 17. August 1856).

³Nationale Historische Zentralarchive, Sammlung von Mikrofilmen über die DDR, Spule1, Bild 266 (Otto von Manteuffels Brief an L. von Wildenbruch, Berlin, 15. November 1856).

⁴Ibidem, Bild 26 (Richthofens vertrauliche Darlegung, 25. August 1856).

⁵Idem, Sammlung von Mikrofilmen über Frankreich, Spule 116, Bilder 316-323 (Places Brief an Thouvenel, Iași, 6. April 1857).

Die Konfrontation zwischen den Vertretern der Großmächte wird hartnäckig, während „Frankreich die Idee der Vereinigung unter einem ausländischen Fürsten immer offener unterstützt“¹. In diesem Fall hat sich Bourqueney mit Richthofen in Verbindung gesetzt, um zu verstehen, in welchem Maß man sich auf Preußens Unterstützung verlassen kann. Richthofen hat die pronunionistische Haltung seiner Regierung nicht verborgen und hat behauptet, dass seine Regierung mit der Vereinigung nur dann einverstanden ist, wenn die Fürstentümer das erfordern. Er hat von einer verwaltungstechnischen, gefolgt von einer politischen Vereinigung gesprochen.²

Auf der Gegenseite waren die Kabalen der österreichischen und türkischen Diplomaten durchdacht und, wenn auch diese ihr Ziel nicht genau erreichten, komplizierten sie die Situation. Die größte Kabale war die Verfälschung der Wahllisten für Vertretung in den Ad-hoc-Versammlungen aus der Moldau. Nachdem diese Zuwiderhandlung bewiesen wurde, haben sich die Vertreter Frankreichs, Preußens, Russlands und des Piemonts dagegen verwahrt und die Annullierung der Wahl verlangt. Stratford schrieb Clarendon: „Die vier Vertreter, die in der letzten Zeit nur gemeinsam handeln, prangern die Wahlverfahren aus der Moldau an und bitten die Pforte, diese auf ihre Verantwortung aufzuheben, so dass diese geändert werden.“³

Walewski hat Thouvenel angewiesen, die Annullierung der moldauischer Wahl zu erzielen, und ihm empfohlen, seinen Kollegen vorzuschlagen, im schlechtesten Fall mit der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen mit der Türkei zu drohen, wenn der Sultan nicht einverstanden ist. Talleyrand hatte die Aufgabe, sich gegen die als kraftlos zu betrachtende Wahl zu verwahren.⁴

Richthofen hat sich seinerseits, von den Machenschaften der Türkei und Österreichs besorgt und empört, gegen die Wahlfälschung zusammen mit dem

¹Idem, Sammlung von Mikrofilmen über die DDR, Spule 1, Bild 621 (Richthofens Brief an Wildenbruch, Iași, 4. Mai 1857).

²Ștefan Tătărescu, *Contribuții germane la Unirea Principatelor*, București, Carol I. Druckerei, ohne Jahresangabe, S. 30 u. ff.

³*Documente privind Unirea Principatelor*, Band VII, *Corespondență diplomatică engleză (1856-1859)*, von Costache Valentina, Marinescu Beatrice und Stan Valeriu gesammelte Dokumente, București, veröffentlicht durch den Veröffentlichungs- und Verwertungsdienst der Generaldirektion der Staatlichen Archive, 1984, S. 331 (Stratfords Brief an Clarendon, Konstantinopel, 11. Juli 1857).

⁴Nationale Historische Zentralarchive, Sammlung von Mikrofilmen über Frankreich, Spule 310, Bilder 526-527 (Walewskis Anweisungen an Châteaurenard, Paris, 27. Juli 1857).

russischen und dem französischen Kommissar verwahrt, um neue Missbräuche zu vermeiden, und hat abgelehnt, mit der moldauischer Versammlung weiter zusammenzuarbeiten. Er hat eine Erklärung unterschrieben, laut der *„es für den Kongress nicht würdig ist, mit einer aus einer von Vogoride gefälschten Wahl ergebenen Versammlung zu markten“*¹. Beleidigt, haben der russische und der österreichische Kommissar bedroht, die Sitzung zu verlassen.

Bekanntlich war die Verwahrung erfolgreich und, den Gesprächen aus Osborne zwischen Napoleon III. und Königin Victoria zufolge, wurde die Wahl wiederholt, obwohl die Bedingungen ein wenig geändert schienen, unter denen der Kaiser über die Vereinigung sprach.

Die Listen wurden neu geschrieben, die Mitglieder der Ad-hoc-Versammlungen haben die Bildung des rumänischen Staates erfordert. Der 1856 im Pariser Friedenskongress angefangene Kampf zwischen den prounionistischen und den antiunionistischen Mächten setzte sich in der europäischen Kommission fort. Jede Partei hatte ihre Atouts. Die Prounionisten hatten den Willen der Bevölkerung, die Antiunionisten die Achtung der Rechte des Lehnsherren. Frankreich hatte der Pforte die Einwilligung zur Bildung der Ad-hoc-Versammlungen abgetrotzt, es war aber unwahrscheinlich, dass Frankreich diesen Kampf ohne Unterstützung gewinnt.

Die Preußen standen Frankreich bei, aber nach dem Treffen in Osborne waren sie wegen der Änderung der Projekte Napoleons III. für die Fürstentümer ratlos. In der europäischen Kommission hatte sich Richthofen enorm bemüht, die rumänische Sache zu unterstützen. Man hoffte, dass 1858 sich die vom Krimkrieg von 1853 getrüben Gewässer klären würden. Die Erstellung des Berichtes der europäischen Kommission endete schwer am 26. März 1858. Die Kommissionsmitglieder kündeten, dass die Rumänen Selbstständigkeit, Vereinigung, einen ausländischen Fürsten und eine konstitutionelle Regierung wünschten, durften aber diese Sachen nicht besprechen. Daher werden sich diese auf die Bekanntmachung der Tatsachen beschränken und die Vorschläge der beiden Versammlungen wiedergeben. Über das Schicksal der Fürstentümer sollte an der Pariser Konferenz entschieden werden. Um die Unfrieden zu beenden und eine angemessene Lösung für die *„östliche Frage“* zu finden, sucht das europäische Konzert einen Kompromiss zwischen dem Angebot der Pforte und Frankreichs Wünschen.

¹Ștefan Tătărescu, *a.a.O.*, S. 107 u.ff.

Der Sultan schlug für die Fürstentümer Folgendes vor: getrennte Verwaltung, einen Fürsten, den Namen von den Vereinigten Fürstentümern der Moldau und der Walachei und das „Recht“, diese in den Beziehungen zu den Mächten zu vertreten.¹ Zugestehen wollte der Sultan nur eventuelle innere Reformen. Napoleon III. unterstützte nach dem Treffen in Osborne weniger überzeugt die Vereinigung.

Die Türken wollten ihre Beziehung zu Frankreich nicht verschlechtern, aber auch ihre Beziehung zu Österreich war ihnen wichtig, das weiter eine antiunionistische Haltung hatte. Um gefährliche Situationen zu vermeiden, wollte Ali Pascha den Eindruck machen, dass er unter bestimmten politischen Drücken steht: *„ich bin ... von diesen widerspruchsvollen Anklagen überwältigt“*, sagte er Thouvenel, *„wir haben Manches zugestanden, um unsere enge Beziehung zu Frankreich aufrechtzuerhalten und die Beendigung der Unzufriedenheiten zu vermitteln. Während Sie uns mit der erneuten Ernennung eines ausländischen Fürsten drohen, spricht Herr Prokesch-Osten von der Möglichkeit, Herrn Hübner vor dem Konferenzende zurückzuziehen. Ich will nicht gegen das Unmögliche kämpfen.“*²

Jede der beiden Parteien versuchte, die andere zu überzeugen. Clarendon schrieb Cowley, mit Walewski die Notwendigkeit zu besprechen, dass sich die Mächte treffen und die Anträge der Versammlungen auf Vereinigung und einen ausländischen Fürsten abzulehnen.³ Hübner schrieb seinerseits, dass *„Frankreich bereit ist, auf die Idee der politischen Vereinigung zu verzichten“*, und hoffte, dass das Österreich und die Türkei überzeugt, Zugeständnisse zu machen.⁴ Bloomfield hat kurz vor dem Konferenzanfang Manteuffel besucht und direkt gefragt, ob sich die königliche Regierung für oder gegen die Vereinigung der Fürstentümer erklärt.⁵

Am 22. Mai 1858 hat das Treffen von Frankreich, Großbritannien, Sardinien, Preußen, Österreich, der Türkei und Russland angefangen. Die Türkei hatte Oktober 1857 durch ihren Außenminister Ali ihre Hoffnung geäußert, dass

¹ Nationale Historische Zentralarchive, Sammlung von Mikrofilmen über Frankreich, Spule 84, Bild 553 u. ff. (An Fuad Pascha am 11. März 1858 vertraulich übergebene Depesche).

² *Ibidem*, Bilder 620 u. ff. (Ed. Thouvenels Brief an Al. Walewski, Therapie, 30. Juni 1858).

³ T.W. Riker, *Cum s-a înfăptuit România. Studiul unei probleme internaționale*, București, 1944, S. 228.

⁴ *România la 1859...*, S. 229 (Buols Anweisungen an Apponyi, Wien, 9. März 1858).

⁵ Nationale Historische Zentralarchive, Sammlung von Mikrofilmen über die DDR, Spule 31, Bilder 624-628 (O. Manteuffels Anweisungen an A. Bernstorff, Berlin, 1. Juni 1858).

die „sogenannten nationalen“ Forderungen der Versammlungen erörtert und bestritten werden.“¹

Vorsitzender war Graf Walewski, der in der ersten Sitzung eher formell die Vereinigung der Fürstentümer vorgeschlagen hat. Hatzfeldt hat die Bedeutung der durch die Versammlungen ausgedrückten Wünsche hervorgehoben und behauptet, dass die Beziehungen zwischen der Pforte und den Fürstentümern verdienten, analysiert zu werden.

Der Vertreter der Pforte war völlig gegen die Vereinigung, während die Ernennung eines ausländischen Fürsten als eine schwere Beschädigung der Integrität des Osmanischen Reiches betrachtet war. Österreich behauptete seinerseits, dass die Wünsche der Ad-hoc-Versammlungen den Gefühlen der Bevölkerung der Fürstentümer nicht entsprachen, und die Briten meinten, dass die Vereinigung unter einem ausländischen Fürsten „gewissermaßen die Integrität des Osmanischen Reiches verletzte...“²

Frankreich, Preußen, Russland und Sardinien sind Prounionisten geblieben, aber Sardinien war klein und Russland doppelsinnig, während Preußen am Krimkrieg nicht teilgenommen hatte. Um einen Ausweg zu finden, hat sich Lord Cowley für einen Kompromiss erklärt und Walewski schien, bald diese Meinung zu teilen. Er hat das Wort ergriffen, diese Empfehlung „im Osborner Geist“ angenommen und seine Hoffnung geäußert, „dass sich alle Mächte wünschen, sich auf gemeinsamem Grund zu treffen“³. Die anderen Mächte haben sein Beispiel nachgeahmt und das Pariser Übereinkommen wurde verfasst. Napoleon hat auf die Idee einer politischen Vereinigung verzichtet und sich für eine verwaltungstechnische Vereinigung entschlossen.

Preußen hat eine neutrale und versöhnliche Haltung angenommen. Manteuffel schrieb, dass Frankreich und England die Notwendigkeit gegenseitiger Zugeständnisse erkannt haben und dass „eine wirksame Behandlung dieser Sache

¹Români la 1859..., Band I, S. 192 (Jooris' Bericht an Vilain, Konstantinopel, 9. November 1857).

²Leonid Boicu, *Geneza „chestiunii române“ ca problemă internațională*, Iași, Verlag Junimea, 1975, S. 186.

³Dan Berindei, *Constituirea statului național român în context european*, im Band *Cuza Vodă - in memoriam*, Iași, Verlag Junimea, 1973, S. 69.

die Klärung der Abgrenzung zwischen den Rechten der Pforte und den Rechten der Fürstentümer voraussetzt."¹

Das Zugeständnis im europäischen Konzert hat sich in der am 7./19. August 1858 unterzeichneten Schlussurkunde des Übereinkommens widergespiegelt. Die Rumänen waren selbstverständlich unzufrieden, weil ihre Vereinigung, ohne kraftvolles und durchdachtes Handeln, noch weit entfernt schien. Die Lösung wurde mit einer Geschwindigkeit gefunden, die Fragen aufwirft. Der Graf der Burg Galați, Alexandru Ioan Cuza, wurde zuerst in der Moldau, dann in der Walachei zum Fürsten gewählt.

Seine Wahl war wie ein „*Blitzschlag für die Österreicher und die Türken (...) wie Victor Place schreibt, der aber nicht vergisst, die Verdienste der Pariser Regierung bei diesem Erfolg hervorzuheben. Er weist gleichzeitig auf den Grad der Involvierung in die politischen Beschlüsse aus den Fürstentümern hin: „der größte Erfolg der französischen Politik, nicht weil die französischen Agenten für ihn (für Cuza - Anm. d. Verf.) gearbeitet haben...*“²

Unabhängig davon, was im ersten Augenblick hinter den Kulissen vorging, haben alle Staaten eine beherrschte Haltung angenommen, indem Sie auf die Reaktion der Türkei warteten. Napoleons III. Sympathie war aber offenbar. Die aus den Fürstentümern von den französischen Diplomaten gesandten Briefe zeigen deren Zustimmung zur rumänischen Sache. Place hat sich konstant für die Vereinigung erklärt: „*Der Kaiser stimmt Eurer Haltung zu und wird diese bei Bedarf unterstützen.*“ Bei einem anderen Anlass hat er erklärt: „*Trauet der Zukunft und seid sicher, dass die Unterstützung nicht fehlen wird.*“³

Trotz dieser Sympathie hat sich die französische Regierung nicht entschlossen geäußert, bevor sie die Meinung der anderen Mächte erfuhr. Zu diesem Zweck hat sich Walewski an Reuss gewandt. Nachdem er ihn informiert hat, dass er über die doppelte Wahl sprechen wollte, hat er gefragt, ob dieser den

¹Nationale Historische Zentralarchiv, Sammlung von Mikrofilmen über die DDR, Spule 31, Bilder 624-628 (Manteuffels Anweisungen an Bernstorff, Berlin, 1. Juni 1858).

²*Documente privind Unirea Principatelor*, Band VI, *Correspondența diplomatică franceză (1856-1859)*, erstellt von Grigore Chiriță, V. Costache, Em. Poștăriță, București, veröffentlicht durch den Veröffentlichungs- und Verwertungsdienst der Generaldirektion der Staatlichen Archive, 1980, S. 175-176 (Places Brief an Thouvenel, Iași, 25. Januar 1859).

³*România la 1859...*, Band I, S. 366 (Churchills Bericht an Bulwer, Iași, 10. Februar 1859).

Standpunkt des Prinzregenten schon kennt¹. Der deutsche Diplomat hat sich seinerseits für den Standpunkt der französischen Regierung interessiert. Der Premierminister hat sich relativ vorsichtig ausgedrückt, hat aber seine Sympathie zu den Ereignissen in der Walachei gezeigt.²

Russland war an Frankreichs Seite. Châteaurenard schrieb Walewski: „Prinz Gortschakow hat mir zu verstehen gegeben, dass, wenn die kaiserliche Regierung ... an der Konferenz die doppelte Wahl des Fürsten Cuza unterstützen würde, die russische Regierung bereit wäre, jene zu unterstützen.“³

Die Italiener unterstützten die Vereinigung, die Briten wollten die Gesetzlichkeit der Wahl vom 24. Januar 1859 überprüfen, während die Österreicher und die Türken empört waren. Die Pforte hat Kampflager in Warna und Schumen vorbereitet, die bürgenden Mächte haben aber auf diese Handlung nicht positiv reagiert. Am 11. Februar teilte Hübner an Buol mit, dass Frankreich nicht bereit sein würde, die Fürstentümer mit Heeresmacht zu zwingen, sich zu trennen.⁴ Unter diesen Umständen haben sich die Pforte und Österreich bemüht, die Mächte zu verhindern, die Vereinigung anzuerkennen.

Die Haltungen der beiden Länder sind aber leicht unterschiedlich. Nach den Gesprächen mit den Vertretern der anderen Teilnehmer an der Konferenz haben die osmanischen Würdenträger verstanden, dass sie nur von Österreich unterstützt werden, so dass sie ihre Haltung am Vortag der Verhandlungen gemäßigt haben. Die Österreicher sind inflexibel geblieben; Hübner schrieb in seinem Tagebuch, dass sich der österreichische Vertreter dagegen verwahren musste, wenn auch die Pforte einverstanden gewesen wäre, die doppelte Wahl anzuerkennen.⁵

Um zu siegen, haben sie versucht, Preußen anzuziehen. A. Koller hat sich an Alexander von Schleinitz gewandt, um die Ungesetzlichkeit der Wahl des Fürsten Cuza zu besprechen. Der österreichische Botschafter hat ihm vorgeschlagen, dass auf Grund des 27. Artikels des Pariser Übereinkommens die

¹Nationale Historische Zentralarchive, Sammlung von Mikrofilmen über die DDR, Spule 122, Bild 395 (Reuss' Brief an Schleinitz, Paris, 11. Februar 1859).

²Idem, Spule 121, Bilder 393-394 (H. Reuss' Brief an A. Schleinitz, Paris, 9. Februar 1859). *Românii la 1859...*, Band I, S. 303 (Places Bericht an Walewski, Iași, 18. Januar 1859).

³*Ibidem*, S. 379 (Châteaurenards Telegramm an Walewski, St. Petersburg, 15. Februar 1859).

⁴R. V. Bossy, *L'Autriche et les Principautés Unies*, București, Nationale Druckerei, 1938, S. 210.

⁵*Ibidem*, S. 215-217.

Mächte öffentlich die Zuständigkeit der Pforte anerkennen, die Annullierung der Wahl zu veranlassen, und ihm die Genehmigung beantragt, die türkischen Truppen im Falle von Unruhen in den Fürstentümern auszusenden. Der preußische Minister hat seinen Zweifel geäußert, dass sich die Mächte darüber einig würden. Er erklärte sich für Versöhnung, da er glaubte, dass die entschlossene Entgegenstellung der Mächte an der Konferenz „*ernstere Komplikationen als die Lage selbst*“ zur Folge hätte.¹

Dieses Gespräch hat Koller bewegt, offen zu erkennen: „*Die Hoffnung, dass Preußen der kaiserlichen Regierung und der Pforte für eine energische Entgegenstellung beitrifft, wird schwächer wegen der vorhergehenden Stellungnahmen der Berliner Regierung zu Gunsten der Vereinigung und der voraussehbaren diesbezüglichen Stellungnahme Englands.*“²

Um die Absichten der Briten zu begreifen, ist Apponyi nach London gefahren, wo er sich mit Cowley unterhalten hat. Die Antwort war nicht zufriedenstellend, weil sich die Haltung der englischen Regierung zur Vereinigung sehr verändert hatte. Die von den Rumänen gefundene Lösung war nicht die von jenen vorausgesehene, konnte aber letztendlich angenommen werden. Malmesbury hat Bulwer am 13. Februar angewiesen, mit den Vertretern der Pforte die „*ausnahmsweise*“ Anerkennung der Vereinigung zu besprechen.

Die Prounionisten suchten ihrerseits Lösungen. Sie standen um Frankreich und verhandelten mit den anderen Staaten des europäischen Konzertes. Sicherlich, wünschte sich Berlin, wie jeder Beteiligte, dass die Frage der Fürstentümer gelöst wird. Ioan Aristarchi hat dem preußischen Außenminister ein Telegramm übergeben, in dem die amtliche Haltung der Pforte bekanntmacht wird. Die osmanische Regierung stellt sich der doppelten Wahl entgegen, welche sie ungesetzlich findet, und bittet Preußen um Unterstützung an der Konferenz.³

Reuss hat die Wünsche der Türkei mit Schleinitz besprochen. Hinsichtlich der von Berlin anzunehmenden Haltung unterstreicht Reuss, einen Teil aus einem seiner Gespräche mit Walewski wiedergebend, dessen Aussage, dass „*er daran gewöhnt war, nach dem Kongress zu sehen, dass Preußen mit Frankreich in allem einverstanden war, was die Sache der Fürstentümer betrifft.*“⁴

¹*Ibidem*, S. 210.

²*Ibidem*.

³*Români la 1859...*, Band I, S. 446 (Kollers Bericht an Buol, Berlin, 23. März 1859).

⁴Nationale Historische Zentralarchive, Sammlung von Mikrofilmen über die DDR, Spule 122, Bilder 20-26 (Reuss' Brief an Schleinitz, Paris, 21. Februar 1859).

Zur selben Zeit spricht Goltz in Konstantinopel mit dem englischen Botschafter und Fuad Pascha. Dem ersten schlägt er eine Zusammenwirkung vor, um die Pforte zu überzeugen, *„ein Mittel anzunehmen, das ihr mit dem kleinstmöglichen Verlust aus dieser schwierigen Lage verhilft...“*. Dem zweiten erklärt er die Notwendigkeit eines vorhergehenden Abkommens zwischen den Mächten, das Preußen und England *„bereit waren, im Übereinkommen beizubehalten“*. Die beiden Staaten verpflichteten sich, die mit der Wahl des Fürsten Cuza verbundenen Rechte der Pforte zu fördern, er gibt weiter aber an, dass der preußische König es weder vorsichtig, noch den Interessen Preußens entsprechend fand, dass Entscheidungen getroffen werden, welche die Wünsche der moldauischen und walachischen Bevölkerung *„absolut widersprechen“*. Es wird empfohlen, eine Kompromisslösung zu finden, welche *„die Wünsche und die innere Ruhe der beiden Fürstentümer mit dem Buchstaben und dem Geist des Übereinkommens versöhnt“*¹.

Seinen Vorschlag begründend, bietet Goltz eine Alternative: Annahme der doppelten Wahl bei Erhaltung der getrennten Verwaltung. Genauer: Cuza ist durch Kaymakame zu ersetzen, wenn er sich in irgendeinem der beiden Länder nicht befindet, und die beiden Versammlungen aus Focşani sind nicht mehr zusammenzukommen.²

Die Ernennung der Abordnungen würde zur *„vollständigen Neutralisierung der aktuellen Ergebnisse und der eventuellen Folgen der doppelten Wahl...“* führen³. Cuza hätte die Möglichkeit, die beiden Fürstentümer gleichzeitig zu führen und *„zwei Kaymakame für die weniger wichtigen oder dringenden Entscheidungen zu ernennen“*⁴.

Obwohl vielleicht nicht so überzeugt wie Preußen, fand Russland die Vereinigung notwendig, erkannte aber deren Gesetzlichkeit nicht. Gortschakow sagte Walewski, dass die russische Regierung *„nicht aufgehört hat, zu glauben, dass die Vereinigung der Fürstentümer von deren Bevölkerung gewünscht ist und deren Interessen entspricht“*; trotzdem *„würde die russische Regierung nie so weit gehen, die zweite Wahl des Fürsten Cuza juristisch zu unterstützen und davon auszugehen, dass diese das Übereinkommen vom 19. August nicht verletzt; wenn aber an den folgenden Konferenzen die kaiserliche Regierung (Frankreich - Anm. d. Verf.) es notwendig findet, diesbezüglich Gründe für die Miteinschaltung der*

¹ *Ibidem*, Bilder 200-203.

² *Ibidem*, Bild 206.

³ *Ibidem*, Bild 207.

⁴ *Ibidem*, Bild 208.

*Mächte zur Genehmigung der Wahl desselben Fürsten in den beiden Fürstentümern vorzubringen, gibt mir er, Gortschakow, zu verstehen, dass Russlands Bevollmächtigter diesen Vorschlag unterstützen darf*¹.

Nach Debatten und Aufschiebungen hat eine neue Konferenz in Paris am 26. März 1859 angefangen. Das einzige Thema auf der Tagesordnung war die Lage der Fürstentümer nach der doppelten Wahl. Man hat das Thema in einer ziemlich geladenen Atmosphäre erörtert, während die Nationalversammlung Serbiens Miloš Obrenović anstatt von Alexander Karageorgević zum Fürsten ernannte und die Italiener die Österreicher mit einem neuen Krieg bedrohten.

Am nächsten Tag hat der osmanische Vertreter, Musurus, die Einhaltung des Übereinkommens analysiert und die Folgerung gezogen, dass die doppelte Wahl des Fürsten Cuza ungesetzlich war. Hübner hat hinzugefügt, dass die Wahl *„eine Zuwiderhandlung gegen das Übereinkommen vom 19. August“* ist. Die Vertreter der anderen bürgerlichen Mächte haben eine elegantere Methode gefunden. Sie sind sich darüber einig geworden, dass die Wahl *„den Bestimmungen des Übereinkommens vom 19. August nicht entspricht, aber, um bedauerliche Folgen und neue Hindernisse zu vermeiden, sie erfordern ausnahmsweise die Ernennung und werden bei eventuellen erneuten Verletzungen Kommissare aussenden; wenn die Kommissare ihre Aufgabe nicht erfüllen, sind Zwangsmaßnahmen zu treffen“*². Der Beschluss hat die Pforte und Österreich unzufrieden gestellt und die Gespräche wurden in Richtung der Theoretisierung der Beziehung zwischen der doppelten Wahl und internationalen Urkunden verschoben. Preußen, Russland, Sardinien und England haben sich mit der Anerkennung der Vereinigung schon am 1. April 1859 einverstanden erklärt.³

Wie zu erwarten war, haben die Türkei und Österreich die Wahl vom 24. Januar nicht angenommen und haben verlangt, dass die Fürstentümer für die Verletzung des Übereinkommens bestraft werden. Frankreich hat wieder versucht, die Meinung der Pforte zu ändern, und den Rumänen erfordert, sich den Beschlüssen der Großmächte zu fügen. Der Versuch war durch die Spannung begründet, welche von der Nichterlassung des Ernennungsfermans und von Cuzas Pflicht verursacht wurde, nach Konstantinopel zu reisen. Andererseits war laut Walewski diese Pflicht nicht im Übereinkommen vorgesehen und Walewski setzte seine Pressionen auf die Pforte fort.

¹ *Românii la 1859...*, Band I, S. 380-381 (Châteaurenards Brief an Walewski, St. Petersburg, 15. Februar 1859).

² Leonid Boicu, *a.a.O.*, S. 210.

³ *Românii la 1859...*, Band I, S. 450-451 (Pourtales' Bericht an Schleinitz, Paris, 14. April 1859).

Im Juni war das Problem noch nicht gelöst, weil sich die Pforte nicht bereit zeigte, „den Fürsten Cuza unter den von Frankreich und Russland gewünschten Bedingungen zu ernennen“¹. Um die Pforte zu befriedigen, schlägt Albert Lallemand, der Vertreter Frankreichs in Konstantinopel, im Juni vor, dass für Cuza zwei Ferme erlassen werden. Dadurch kann man das Prinzip der verwaltungstechnischen Trennung merkbar beachten und er versteht, dass bei den nächsten Wahlen die Verletzung des Übereinkommens vom 19. August nicht mehr geduldet wird.²

Nach unzähligen Aufschiebungen haben Österreich und die Türkei im August die Personalunion der Fürstentümer unter Alexandru Ioan Cuza angenommen. Der Erfolg war auch dem britischen Botschafter zu verdanken, welcher die Türken darauf aufmerksam gemacht habe, dass unter den jeweiligen Umständen die Rumänen ihre Unabhängigkeit erklären könnten, und nicht garantierte, dass die bürgenden Mächte eingreifen oder dem Sultan erlauben würden, einzugreifen.³

Im September hat Sultan Abdülmecid I. den entsprechenden Ferman für Cuzas Ernennung zum Fürsten der Walachei erlassen, nachdem dieser (wie es der Urkunde zu entnehmen ist) zum Fürsten der Moldau ernannt worden war: „*Gebot an Alexandru Ioan Cuza - sei sein Rang immer hoch! Der dieses Mal mit der Führung der Walachei beauftragt wurde.*“⁴ Die Urkunde gibt an, dass um das Fürstenamt eindringlich gebeten wurde, dass die Ernennung am 25. September 1859 in Kraft tritt und dass Cuza gemäß den Abkommen zwischen dem Osmanischen Reich und den bürgenden Mächten führen muss.

Die Sachen sind aber nicht so geblieben: am 3. Mai 1861 schrieb Reuss, der preußische Gesandtschaftssekretär in Paris, an Schleinitz, dass die Vertreter der Großmächte den Vorschlag der Pforte hinsichtlich der Änderung des Übereinkommens über die Donaufürstentümer erwarteten. Er behauptet, dass Thouvenel ihm mitgeteilt hat, dass die Pforte die Anerkennung der Vereinigung der Fürstentümer vorgeschlagen hat.⁵ Der Gesandtschaftssekretär Greindl berichtet seinerseits am 10. Mai 1861, dass die Regierung des Sultans

¹*Ibidem*, S. 474 (O’Sullivan de Grass’ Bericht an A. Vrière, Wien, 11. Juni 1859).

²*Documente privind Unirea Principatelor*, Band VI, S. 533-535 (A. Lallemands Brief an Walewski, Therapia, 15. Juni 1859).

³*Români la 1895...*, Band I, S. 463 (E. Targionis Bericht an L. Carafa, Konstantinopel, 25. Mai 1859).

⁴*Ibidem*, S. 495 (Ferman für Cuzas Ernennung zum Fürsten der Walachei, 15. September 1859).

⁵*Ibidem*, S. 523-524 (H. Reuss’ Bericht an A. Schleinitz, Paris, 3. Mai 1861).

einverstanden ist, die Vereinigung für das Leben des Fürsten anzuerkennen, weil die neue Struktur der Moldau und der Walachei unmöglich zu verwalten ist.¹

Zwischen dem 12. und dem 21. November 1861 wurde der Ferman verfasst, durch den Sultan Abdul-Aziz dem Fürsten Cuza die Bestimmungen betreffs der politischen und verwaltungstechnischen Vereinigung der Walachei und der Moldau mitteilte und vorläufige Änderungen im Text des Pariser Übereinkommens vorgenommen wurden. Am 25. November 1861 hat Cuza die Urkunde empfangen: die Vereinigung war nur während seines Lebens anerkannt, wobei die Grenzen zwischen den Fürstentümern erhalten blieben. Am 11. Dezember haben die bürgenden Mächte dasselbe anerkannt.

Wir bemerken, dass „*die östliche Frage*“ nicht zu jedem Preis gelöst werden musste. Zu viele waren daran interessiert, dass das Osmanische Reich ausstirbt und Russland seinen Einfluss nicht ausbreitet. Man hat immer annehmbare Lösungen gesucht. Die Probleme waren stufenweise gelöst, so dass das europäische Gleichgewicht nicht gefährdet wird. Eine Variante war die Bildung und die Anerkennung der Unabhängigkeit oder Selbstständigkeit der Nationalstaaten aus der Balkanhalbinsel, während das Osmanische Reich zerfiel. Es wurde den Völkern aus diesem Gebiet erlaubt, sich von der osmanischen Herrschaft zu befreien, die russische oder die österreichische aber nicht anzunehmen, und dafür wurden viel Zeit und die lokale Zusammenarbeit benötigt. Die akzeptierten Lösungen waren von dem Gebiet, von Interessen und von der Gefährlichkeit des neuen Staates abhängig. Die westlichen Staaten hatten zum Beispiel die Unabhängigkeit der Griechen viel schneller und einfacher als die der Bulgaren anerkannt, welche sich für eine lange Zeit mit ihrer Selbstständigkeit zufrieden geben mussten. Die Briten und die Franzosen waren an Griechenland insbesondere wirtschaftlich interessiert, während Bulgarien, ein slawischer Staat, verdächtigt wurde, dass es den Interessen des Zars dienen könnte. Aus diesen Kombinationen konnten die Nachbarn Russlands, die Moldauer und die Walachen, nicht fehlen.

Während sich Alexander II. in Konstantinopel wollte, ist der rumänische, von den Türken quasi-abhängige Staat entstanden, welcher den russischen Anmarsch verhindert hat. Selbstverständlich haben nicht die Moldauer und Walachen diese Lösung durchgesetzt. Auf Grund der politischen Bedürfnisse und der örtlichen Erwartungen hat Napoleon III. die Bildung dieses Staates vermittelt. Der Staat konnte aber wegen des Widerstands bestimmter Mächte aus dem europäischen Konzert nicht umgehend gebildet werden.

¹*Ibidem*, S. 525 (J. Greindls Bericht an A. Vrière, Konstantinopel, 10. Mai 1861).

1859 wäre Russland mit der Ernennung eines ausländischen Fürsten nicht einverstanden gewesen, wenn auch es die Bedingungen Frankreichs annehmen musste. Russland hat weder die Lösung mit dem rumänischen Fürsten gefallen, diese war aber leichter, anzunehmen. Ab 1866 führte den neuen und teilweise verfestigten Staat ein deutscher Prinz nach der laut bestimmten Meinungen schon lange geplanten Abdankung des inländischen Fürsten. Russland, Österreich und die Türkei mussten diese für Rumänen, Franzosen und Deutsche vorteilhafte Variante annehmen. Der Einfluss Frankreichs und Preußens im Gebiet war gewachsen. Es würde sich aber die folgende Frage stellen: wie war es Preußen gelungen, sich so stark durchzusetzen?

In der jeweiligen Lage durfte Napoleon III. bei der rumänischen Frage nicht das Risiko eingehen, sich ausschließlich auf Philipp von Flandern zu verlassen und im Falle eines Misserfolgs das Gebaute abzubauen. Daher meinen wir auf Grund der von uns analysierten Urkunden, dass die Ernennung des deutschen Prinzen eine ältere Lösung, bzw. das Ergebnis der Zusammenarbeit Frankreichs und Preußens zwischen 1856 und 1866, war.

Um unsere Hypothese zu unterstützen, erinnern wir an das Gespräch vom 13. August 1856 zwischen Thouvenel und Richthofen über die Zukunft der Fürstentümer. Während dieses Gesprächs haben die beiden die Folgerung gezogen, dass die Lösung für das Problem der Vereinigung ein ausländischer Fürst war. Ein zum Fürsten ernannter Bojar könnte die beiden Länder wegen seiner politischen Ungeschicktheit, seiner mangelnden Erfahrung und seiner Unfähigkeit, Russland und Österreich sowie der Korruption Widerstand zu leisten, nicht führen.

Unfähig, die Situation zu beherrschen, würde der Bojar-Fürst zu Gunsten des neuen Fürsten abdanken, der nach dem ersten Schock die Sachen einordnen soll. Laut dem deutschen Diplomaten konnte der rumänische Fürst abgetrieben werden, wenn er unnötig wurde. Der französische Botschafter hat augenblicklich diese Idee nicht angenommen¹, der Vorschlag wurde aber später wieder analysiert. Nach Richthofen wäre die Ernennung eines inländischen Führers die einfachste Weise gewesen, die Pforte zu überzeugen, die Vereinigung anzunehmen.

Die für die Verwirklichung dieses Plans notwendige Umsicht begünstigte die Preußen, weil diese auf dem Thron der vereinigten Fürstentümer einen deutschen Fürsten wollten, wie wir auch von Richthofen erfahren. In einem

¹Ștefan Tătărescu, *a.a.O.*, S. 38-41.

Gespräch mit Basily behauptet der russische Kommissar, nachdem er über die Notwendigkeit einer Monarchie in den Fürstentümern spricht, dass *„er sich an dieser freuen würde, wenn man einen protestantischen deutschen Fürsten für jene Länder wählen würde. Einem solchen Fürsten fiel die Bekehrung zum griechischen Glauben leichter als einem katholischen Fürsten“*¹. Der deutsche Kommissar hat prompt erwidert, dass er denselben Standpunkt hatte. Leider war die Meinung der russischen Regierung unterschiedlich von der ihres Vertreters.

Preußen wäre aber für diese Möglichkeit bereit gewesen. In den diplomatischen Kreisen sprach man vom Herzog von Schleswig-Holstein-Augustenburg und von seinem Bruder, Noer. 1856 schrieb Meusebach an Manteuffel über die Schwierigkeiten bei der Wahl eines ausländischen Fürsten, nachdem die Idee dieser Wahl schon im Umlauf war. Er nahm an, dass kein Prinz aus einem souveränen Haus einverstanden wäre, ein Lehner zu werden. Er findet aber einen sehr schicklichen Standpunkt, indem er erwähnt, dass laut den alten Kapitulationen die Vasallität den Charakter eines *„feudum oblatum“* hat. Die Vasallität würde also nur in der Tributzahlung bestehen, *„wenn sich die vereinigten und völlig unabhängigen Staaten integrieren würden“*, und gibt das Beispiel Kurlands.²

Weil es einen Präzedenzfall gab, der zeigte, dass die Lage möglichst ehrenhaft war, schlägt er diesen als Fürsten der vereinigten Fürstentümer vor.³

Sowieso Richthofen glaubt, dass der Moment für unmittelbare Handlungen ungeeignet ist, aber *„die Fürstentümer immer von beträchtlicher Bedeutung bleiben und Preußen an deren Schicksal binden werden, wenn auch momentan die hohen Pläne Eurer Königlichen Majestät nicht verwirklicht werden können“*⁴.

Die Pläne seiner Majestät wurden etwas später verwirklicht. Auf Napoleons III. Empfehlung spricht Brătianu mit dem Haus Sigmaringen und bringt einen deutschen Prinzen in Rumänien. Auf diese Weise haben Frankreich und Preußen noch einen Teil der *„östlichen Frage“*, die *„rumänische Frage“*, gelöst und das europäische Gleichgewicht geschützt.

¹ *Ibidem*, S. 62-76 (Richthofen an Friedrich Wilhelm IV., Konstantinopel, 6. Oktober 1856).

² Nationale Historische Zentralarchive, Sammlung von Mikrofilmen über die DDR, Spule 21, Bild 513 (Meusebachs Brief an Manteuffel, București, 30. März 1856).

³ *Idem*, Bild 513 (Meusebachs Brief an Manteuffel, București, 30. März 1856).

⁴ *Ibidem*.
